Dezember 2013

Liberal

LDP
Liberal-
Demokratische
Politik!

Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes • Liberal-Demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

Bildungssystem Schweiz:
Wir brauchen eine Bildungs-Offensive

Die Schweiz darf sich nicht selbstzufrieden zurücklehnen, auch wenn internationale Vergleiche zeigen, dass wir gut dastehen hinsichtlich Bildung. In die Berufsbildung, die Fachhochschule und die Universität muss auch in Zukunft mehr investiert werden. Erfreulich ist, dass die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere mit dem Gewerbe hinsichtlich Berufsbildung ausgezeichnet ist.

von Regierungsrat Christoph Eymann

Beim PISA-Vergleich der Schulleistungen hat die Schweiz gut abgeschnitten. Überall belegt unser Land Plätze in der Spitzengruppe. Das ist erfreulich, nicht aber ein Grund, sich auszuruhen. Unser Blick muss sich auch auf Länder richten, die mehr tun für die Anhebung des Bildungsstandes ihrer Jugend als wir, auch wenn der Lebenstandard dort tiefer ist als bei uns. Beispiele aus Singapur oder aus China zeigen die grossen Anstrengungen dort – vor allem auf Ebene der Hochschulen.

Einige Brennpunkte in unserer Bildungspolitik

Die Hirn- und Bildungsforschung lehrt uns, bereits im frühen Alter Kindern spielerisch Fähigkeiten und Fertigkeiten beizubringen – etwa Deutsch vor dem Kindergarten für die Kinder, die das nötig haben. Die Volksschule muss ihre Zielsetzungen immer wieder den Anforderungen der Gesellschaft anpassen; dies geschieht – unter anderem mit dem Lehrplan 21. Dieser Versuch einer minimalen Vereinheitlichung ist dem Ergebnis der Volksabstimmung von 2006 geschuldet, die auch Grundlage für das HarmoS-Konkordat bildet. Schade, dass bereits in dieser Phase die verschiedensten Gruppierungen versuchen, diese Arbeit schlecht zu reden. Sehr zu bedauern sind auch die verschiedenen Angriffe auf den Kompromiss bei der Regelung der Fremdsprachen in der Schule: Innerhalb der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren konnte man sich bekanntlich nicht einigen, ob Französisch oder Englisch zuerst gelehrt werden soll. Die Einigung erfolgte, indem festgelegt wurde, dass mit der ersten Fremdsprache in der 3. Primarklasse gestartet werden soll und mit der zweiten in der 5. Klasse, wobei eine eine Landessprache sein muss.

Verpasste Chance

Aus meiner Sicht ist es eine verpasste Chance, sich in unserem viersprachigen Land nicht klar für Französisch als erste Fremdsprache zu entscheiden. Heute wird von verschiedener Seite gefordert, diesen Kompromiss fallen zu lassen und nur eine Fremdsprache auf Primarstufe zu unterrichten. Das finde ich falsch. Die Internationalisierung ist eine Tatsache, die Fähigkeit, sich in verschiedenen Sprachen ausdrücken zu können, wird für unsere Jugend entscheidend sein im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze. Deshalb muss die Latte nicht tiefer gelegt werden, wenn die Anforderungen überall steigen.
Gefragt ist Vertrauen. Vertrauen in die Planung und Umsetzung

Inhalt

Es braucht eine Bildungs-Offensive 1
Profunde Entscheidungsfindung 1
Zukunft der Basler Kantonalbank: Ja zur regionalen Universalbank mit Staatsgarantie 2
Revision Taxigesetz: Qualität soll Kriterium sein 4
Erlenmatttram: Nein zu dieser Geldverschwendung 4
Ja zum Zusammengehen von Zahn- und Humanmedizin 4
Riehen 5-8
Die LDP am Kürbisfest: Fruchtbare Kontakte - furchtbares Wetter 9
Die Jungliberalen: Referendum gegen Gechlechter-Quoten zustande gekommen 10
Liberal-Demokratischer Leistungsausweis: Energie, ÖV und Sicherheit im Vordergrund 11
Der Linke: Vom Freigeist zum Bevormunder 12

Profunde Entscheidungsfindung

Die Fraktion der Liberal-Demokraten tritt im Grossen Rat meist geschlossen auf. In den Fraktionssitzungen wird hart, aber fair und fundiert diskutiert, damit eine einheitliche Meinung erreicht werden kann. Nachstehendes Beispiel zeigt auf, dass dies nicht immer einfach ist!
Der Kanton beabsichtigt den Bau eines vollautomatisierten Parkings für 1'200 Velos beim Bad. Bahnhof und unterbreitete dem Grossen Rat, für ein Vorprojekt CHF 540'000 zu bewilligen. Wir sind gegen den Bau eines solchen Parkings, sind aber auch der Meinung, dass wir die Velo-Situation in den Griff bekommen müssen – aber wie? Der Denkmalschutz wehrt sich gegen oberirdische Veloabstellplätze, und unterirdisch ist nicht genügend Platz vorhanden. Funktioniert eine vollautomatisierte Anlage, ist die Anzahl von 1200 Velos zu hochgegriffen? Soll dem hohen Kredit zugestimmt, oder nach Alternativen gesucht werden? Kann den Velofahrenden nicht zugemutet werden, einen Parkplatz in der näheren Umgebung zu suchen? Die Fraktionsmehrheit entschloss sich, den Vorprojektierungskredit abzulehnen, im Wissen, dass damit das Problem nicht gelöst ist. In Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen driften die Meinungen selten auseinander. Gewisse Themen haben aber weniger mit der politischen Grundhaltung, sondern vielmehr mit der persönlichen Einstellung zu tun und lassen deshalb unterschiedliche Antworten zu (z. B. Rauchverbot, architektonische Fragen). Wir wären keine guten Liberal-Demokraten, wenn wir hier Meinungsverschiedenheiten nicht respektieren würden.

Christine Wirz-von Planta

politischer Entscheide. In Basel-Stadt sind die Grundlagen vorhanden, die Entscheide sind getroffen. Jetzt gilt es, sie umzusetzen und die Behörden, vor allem aber die Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen. In die Berufsbildung, die Fachhochschule und die Universität muss auch in Zukunft mehr investiert werden. Es geht darum, die Ausbildungen so zu gestalten, dass alle Absolventinnen und Absolventen dieser Bildungsgänge über beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt verfügen.

Mehr Investitionen - auch in die Universität ; dies fordert Christoph Eymann, hier mit Uniratspräsident Ueli Vischer.

Zusätzlich muss auch der Forschungsbereich so alimentiert werden, dass internationale Konkurrenzfähigkeit besteht. Es gilt also, nicht untätig zu bleiben und bloss den status quo zu zementieren, sondern sich weiter zu entwickeln.

Zusammenarbeit mit Wirtschaft erfreulich

Erfreulich ist, dass die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere mit dem Gewerbe hinsichtlich Berufsbildung ausgezeichnet ist. Dank gebührt den Lehrbetrieben und den Verbänden für ihre Beiträge zum Erfolgsmodell der Dualen Berufsbildung. Auch die beiden Trägerkantone der Universität Basel haben erkannt, dass es keinen Stillstand geben darf in der Entwicklung der gemeinsamen Hochschule. Bleibt zu hoffen, dass auch die Fachhochschule Nordwestschweiz von ihren vier verantwortlichen Trägerkantonen so behandelt wird, dass die notwendige Weiterentwicklung gewährleistet sein wird.
Es freut mich, dass ich in diesen wichtigen Bereichen der Politik tätig sein darf. Nach dem Präsidium der Schweizerischen Hochschul-Konferenz in den letzten zwei Jahren darf ich jetzt auch die Erziehungsdirektoren-Konferenz präsidieren. Ich werde versuchen, Überlegungen einzubringen, welche unserem Land dienlich sind, zum Beispiel das Lancieren einer Bildungsoffensive.

Fröhliche Weihnachten und „E guets Neus“!

Zukunft der Basler Kantonalbank: Ja zur regionalen Universalbank mit Staatsgarantie

Die Basler Kantonalbank soll in der heutigen Form erhalten und auch die Staatsgarantie beibehalten werden. Dies erklärte die Liberal-Demokratische Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort. Die Wahl des Bankrates durch den Regierungsrat wird als sinnvoll erachtet. Als wichtig erachtet die LDP eine Eigner-Strategie, welche auf die Verwurzelung der Bank in der Region setzt.

Die LDP begrüsst grundsätzlich die Absicht des Regierungsrats, das Gesetz über die Basler Kantonalbank einer Totalrevision zu unterziehen. Das bestehende Gesetz ist in verschiedener Hinsicht veraltet.
Da es verschiedene Begriffe enthält, die nicht der heute üblichen Terminologie entsprechen, und weil seine Regelungsstruktur nicht den heutigen Gepflogenheiten der Finanzmarktbranche und der Corporate Governance entspricht, führt das geltende Kantonalbankgesetz in der praktischen Anwendung immer wieder zu Unklarheiten. Das Gesetz bedarf daher einer grundlegenden Erneuerung.

Selbständigkeit erhalten

Begrüsst wird auch die in der Vorlage zum Ausdruck kommende Absicht des Regierungsrats, die Basler Kantonalbank in ihrer heutigen Form als selbstständig operierende Staatsbank mit eigener Rechtspersönlichkeit zu erhalten und zu stärken.
Die LDP anerkennt insbesondere, dass der Kanton Basel-Stadt gemäss der Absicht des Regierungsrats Haupteigentümer der BKB bleiben soll, und dass die Staatsgarantie der BKB beibehalten werden soll.

Wahl des Bankrats gut überlegen

Es ist im weiteren grundsätzlich sinnvoll, dass der Regierungsrat bei der Wahl des Bankrats einen Vorschlag vorlegt. Da der Regierungsrat im Unterschied zum Grossen Rat eher die Möglichkeit hat, gezielt Personen mit spezifischen Qualifikationen zu suchen, wäre es auf diesem Weg auch möglich, die Mitgliederzahl des Bankrats zu verringern.

Mehrheitsfähigkeit im Auge

Im Hinblick auf die Mehrheitsfähigkeit der Vorlage wäre es denkbar, dem Grossen Rat das Recht einzuräumen, einen vom Regierungsrat präsentierten Wahlvorschlag für das Gesamtgremium des Bankrats in globo zu akzeptieren oder abzulehnen.

Damit ein solches parlamentarisches Bestätigungsverfahren nicht eine blosse Alibiübung bleibt, könnte ergänzend vorgesehen werden, dass der Grosse Rat dieses Geschäft in einer geeigneten Kommission vorberät, wobei diese Kommission den gesamten Wahlvorschlag des Regierungsrats schon vor der Publikation diskutieren können müsste.
Welche Variante auch immer gewählt wird: Es scheint uns sinnvoll, dass der Regierungsrat bei der Zusammensetzung des Bankrats die Federführung hat. Die LDP begrüsst schliesslich, dass der Regierungsrat die BKB grundsätzlich weiterhin als Universalbank mit einem im Vergleich zur heutigen Tätigkeit im Wesentlichen unveränderten Geschäftsfeld geführt haben möchte.

Klare Eigentümer-Strategie formulieren

Richtig ist auch, dass der Regierungsrat explizit vorsehen will, dass unterhalb der Gesetzesstufe für die BKB eine von den Behörden des Kantons verabschiedete Eignerstrategie formuliert werden soll. Dabei wird dem Gedanken Rechnung zu tragen sein, dass die BKB in der Region Basel verwurzelt ist und ihre Tätigkeit primär aus dieser Region heraus entwickeln soll.
Die Verwurzelung in der zweitwichtigsten Wirtschaftsregion unseres Landes, in der neben Privatpersonen sowie kleineren und mittleren Unternehmungen auch sehr viele grössere Unternehmungen und internationale Konzerne beheimatet sind, bedeutet aber, dass die BKB auch Dienstleistungen für grössere und grosse Unternehmen anbieten muss.

Nationales Aktionsfeld zwingend

Für eine führende Bank der Wirtschaftsregion Basel gehört das Grosskundengeschäft zwingend zum Pflichtenheft. Im Rahmen dieses Tätigkeitsbereichs muss Kundschaft auf nationaler Ebene angesprochen und bedient werden können; auf andere Weise ist das Grosskundengeschäft nicht sinnvoll zu betreiben.
Diese Überlegungen sind bei der Formulierung der Erwartungen des Eigentümers an die Geschäftstätigkeit der BKB zu berücksichtigen.

Töchter oder nicht?

Die Frage, ob die BKB Tochtergesellschaften betreiben darf, wird weitgehend als technische, nicht als strategische Frage erachtet. Die bedeutsame strategische Frage ist, in welchen sachlichen Bereichen und in welchen geografischen Gebieten die BKB tätig sein soll.
Ob für solche Tätigkeiten Tochtergesellschaften im formellen Sinn in der Schweiz oder im Ausland nötig oder sinnvoll sind, hängt von den konkreten rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen ab, die sich bekanntlich immer wieder rasch ändern können. Aus diesen Gründen schlagen wir vor, die formelle Frage, ob die Führung von Tochtergesellschaften zulässig ist oder nicht, nicht im Gesetz zu regeln, sondern es bei den strategischen Fragen zu belassen.
Falls nicht darauf verzichtet werden soll, die Frage der formellen Tochtergesellschaften im Gesetz zu regeln, sehen wir jedenfalls keinen Grund, die Führung von schweizerischen Tochtergesellschaften einzuschränken. Für die Führung von Tochtergesellschaften im Ausland sehen wir zurzeit kein konkretes Bedürfnis (zumal die BKB ja inzwischen selbst mitgeteilt hat, ihre Tochtergesellschaft in Guernsey mittelfristig nicht mehr weiterführen zu wollen).

Weiter mit Staatsgarantie und regional verwurzelt - so soll die BKB auch in Zukunft agieren.

Gewerbeflächen schaffen und Arbeitsplätze in Riehen sichern!

LISTE 3 LDP Liberal-Demokratische Partei

www.ldp-riehen.ch

Revision Taxigesetz: Qualität soll Kriterium sein

Der Staat hat nicht die Aufgabe, die höchstzulässige Zahl von Taxis in Basel festzulegen. Hingegen sollen die Qualitätsanforderungen so hoch sein, dass sich die Fahrzeug-Zahl auf ein vernünftiges Mass einpendelt. Dies fordert die Liberal-Demokratische Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Totalrevision des «Taxigesetz». Als richtig erachtet die LDP, dass der Umweltverträglichkeit der Fahrzeuge hohe Bedeutung zukommt.

Als liberale Partei kann die LDP Markteingriffe nur dann gutheissen, wenn sie einem starken öffentlichen Interesse entsprechen. Markteingriffe, nur damit die im Markt verbleibenden Teilnehmer ein besseres oder ausreichendes Einkommen erzielen, sind nicht akzeptabel. Man kann den Marktkräften aber mit guten Rahmenbedingungen helfen.

Keine absolute Limitierung

Auf die Gesetzesrevision umgesetzt bedeutet dies, dass einer absoluten Limitierung nicht zugestimmt werden kann. Hingegen können - und sollen - die Voraussetzungen hinsichtlich Qualität der Dienstleistung so formuliert werden, dass nur für die „Visitenkarte Basels“ angemessene Dienstleistungen erbracht werden.
Anders formuliert: Die Hürden sollen durchaus hoch sein, um eine Lizenz als Halter und/oder als Fahrer eines Taxis zu erhalten.
Wer die Voraussetzungen erfüllt, soll aber die Lizenz auch bekommen. Faktoren wie „Bedürfnisse des Publikums“ oder „Bedürfnisse des Kantons“ - beides in § 7 - haben in Bezug auf die Quantität des Angebots nichts zu suchen, hingegen durchaus auf die Qualität. Insofern ist auch keine absolute Höchstzahl festzulegen.

Chance für die Umwelt

In der Neuerteilung der Taxibetriebsbewilligungen sieht die LDP auch die Chance, dass in Basel eine der umweltverträglichsten Taxiflotten der Welt verkehren könnte. Diesem Kriterium von § 7 des Taxigesetzes soll durchaus eine übergeordnete Rolle bei der Entscheidung über die Gesuche zukommen. Die LDP schlägt vor, dass die in § 7 verwendete Formulierung durch den Begriff der „Energieeffizienz“ ergänzt wird.
Nicht gut gelöst sind einige Details. So erachtet die LDP die Voraussetzung eines guten automobilistischen wie strafrechtlichen Leumunds zwar für durchaus wichtig. Es muss aber vermieden werden, dass dies zu einer Ungleichbehandlung von „Eingesessenen“, deren Leumund sich problemlos nachverfolgen lässt, gegenüber „Zugezogenen“ aus Ländern ohne entsprechende Register führt.

Zu detailliertes Gesetz

Und schliesslich sind zu viele Dinge im Gesetz geregelt, die in eine Verordnung gehören. Als Beispiel nennt die LDP die Pflicht der Fahrer, ihr Taxi einmal täglich nach liegen gelassenen Gegenständen abzusuchen.

Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin: Ja zum Miteinander von Zahn- und Humanmedizin

Die LDP hat sich stets für eine Stärkung der Universität Basel mit allen ihren Fakultäten eingesetzt. Entsprechend begrüsst die LDP die Zusammenlegung der bestehenden universitären und der sozialen Behandlungs- und der zahnmedizinischen Forschungstätigkeit in enger Zusammenarbeit mit der Humanmedizin der Universität und den Spitälern. Dass das universitäre Departement Zahnmedizin neu und zukunftsweisend ausgerichtet werden soll, um sich an innovativen Forschungsfeldern sowie an nationalen und internationalen Schwerpunkten orientieren zu können, ist richtig. So wird nicht nur die medizinische Forschung gefördert, es kann auch ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Standortes Basel für die Life-Science-Industrie und die Medizinaltechnik geleistet werden.
Die höhere Anzahl der zu behandelnden Patientinnen und Patienten ist für die Forschung von grösster Bedeutung. Diese Forschung muss künftig gestärkt werden, um nicht national marginalisiert zu werden. Auch die Unternehmen der Region im Bereich der Materialtechnik, z.B. mit Schwerpunkt Implantate, sind aus Sicht der LDP sehr wichtig. Schon deshalb ist eine starke Institution der Zahnmedizin dringend erforderlich. Der Zusammenschluss der drei Institutionen hat nur Vorteile. Die Ergebnisse der Forschung kommen der gesamten Patientenschaft zu Gute. Auch das hohe Ausbildungsniveau für privat praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte wirkt sich positiv auf die Versorgung der Bevölkerung der ganzen Region aus.
Die Kommunikation muss dies entsprechend hervorheben. Nachteile gibt es aus der Sicht der LDP keine. Deshalb ist dieses Vorhaben rasch und entschieden umzusetzen.

Erlenmatttram: Nein zur Geldverschwendung

Gegen den Entscheid des Grossen Rates betreffend Tram Erlenmatt hat die LDP zusammen mit CVP, FDP und SVP das Referendum ergriffen und sich im Komitee „NEIN zum Tram Erlenmatt!“ zusammengeschlossen. Aus Sicht des Komitees stehen die ausserordentlich hohen Kosten von 68 Mio. Fr. für lediglich 1.2 km Tramlinie in keinem Verhältnis zu einem vernünftigen Angebotsausbau im Öffentlichen Verkehr. Die Kostendeckung des Trams Erlenmatt würde lediglich 11% ohne und maximal 17% mit Shopping Center betragen, was im Vergleich zum 60%-Kostenertrag über das gesamte BVB-Liniennetz betriebswirtschaftlich inakzeptabel ist. Die Erschliessung des Erlenmattquartiers kann, zumindest mittelfristig, problemlos mit Bussen wesentlich kostengünstiger gewährleistet werden. Die niedrige Rentabilität steht auch in klarem Widerspruch zur Vorgabe im neuen ÖV-Gesetz, das nämlich vorschreibt, bei einer neuen Tramlinien deren Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Auch ohne diese Teilstrecke kann das Tramnetz 2020 funktional ausgebaut werden. Das Referendumskomitee erachtet daher diese Luxuslösung beim Tramausbau auf besagtem kurzem Teilstück für absolut falsch, zumal das Erlenmattquartier schon heute sehr gut an den ÖV angeschlossen ist. Das Tram Erlenmatt würde im Übrigen keine neuen Haltestellen mit sich bringen. Es ist gleichzeitig unbestritten, dass ein Bus aus betrieblichen Gründen dort eingesetzt werden muss, wo die Kosten für eine Tramverbindung unverhältnismässig hoch sind und die Fahrgastfrequenzen niedrig sind. Gemäss den BVB sind die Busse auf dem Abschnitt Mattenstrasse-Erlenmatt durchschnittlich mit lediglich 15 Fahrgästen besetzt.

Grossrat Heiner Vischer

Wahlen in den Riehener Einwohnerrat

Liberal

Mario Biondi | Markus Bittel | Jürg Blattner | Sandra Brettenthaler | Rolf Brüderlin | Christoph Bürgenmeier | Daniel Dähler

Claudia Fröhlich | Marco Gasser | Antje Gaiser Cahn | Ottavio Gissler | Hélène Haug | Ruben Heimgartner | Daniel Hettich

Andreas Hupfer | Pascal Kaufmann | Andreas Künzi | Hans-Rudolf Lüthi | Stephan Mathis | Nina Meier | Felix Merkli

Priska Moser | Ulla Niedermann | Urs Rinklin | Nicola Salathé | Philip Schotland | Claudia Schultheiss-Bühlmann | Kornelia Schultze-Weber

Remo Schweigler | David Schweizer | Emil Schweizer | Gaston R. Schweizer | Raeto Steiger | Adrienne Strahm | Thomas Strahm

Stefanie Thomann-Baumann | Heiner Vischer | Felix Werner | Michael Willi | Peter Zinkernagel

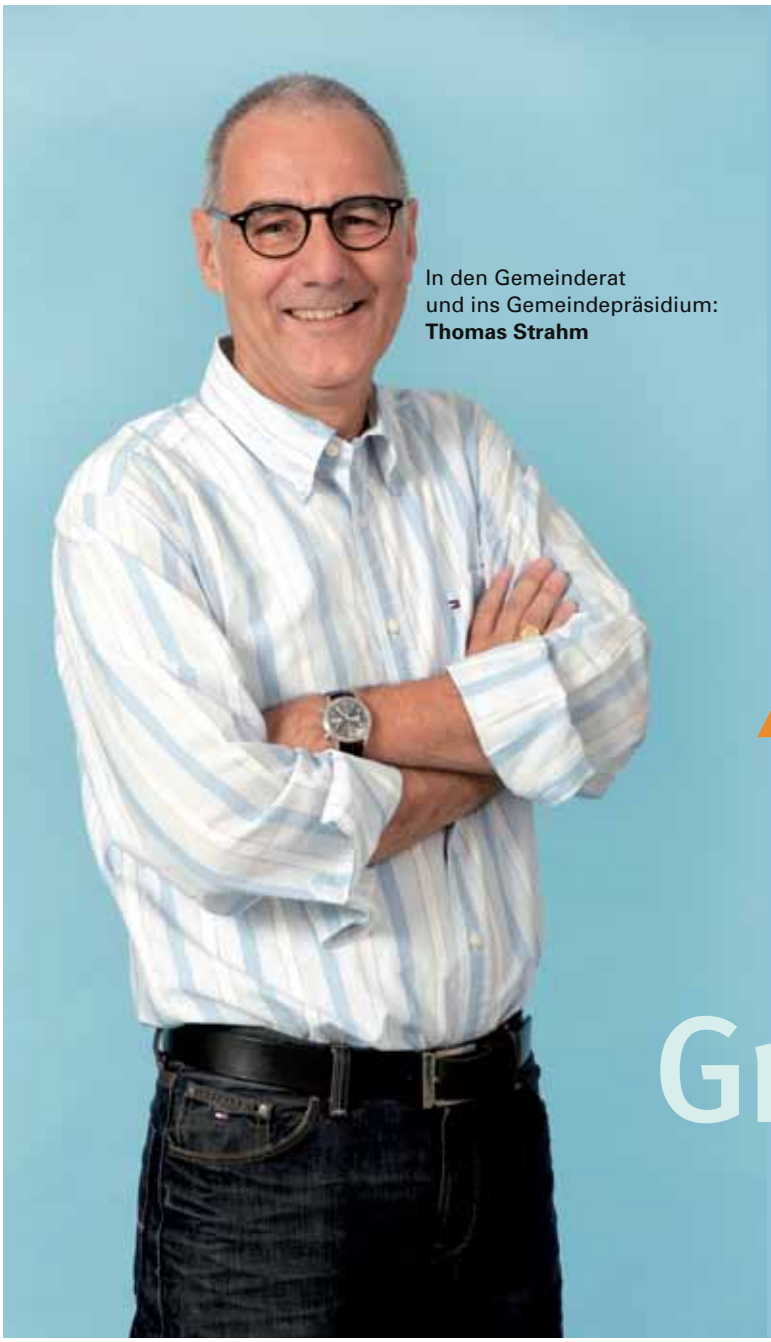
Thomas Strahm
als Gemeindepräsident

Bildung und Familie

Die Vorlagen zur Schulharmonisierung HARMOS, welche in Basel von einer grossen Mehrheit der Stimmberechtigten gutgeheissen wurden, führen auch an den Riehener Schulen zu grundlegenden Veränderungen. Die vielen Neuerungen können zu Verunsicherungen bei den Eltern und der Lehrerschaft führen; deshalb ist die umfassende Information von grosser Wichtigkeit. Die kleinräumige Struktur in unserer Gemeinde bietet die Chance, die Bevölkerung direkt in den Reformprozess einzubinden und so die Akzeptanz zu erhöhen. Der Reformprozess erfolgt in hohem Tempo und unter Druck. Nach Möglichkeit soll die Gemeinde ihren Spielraum nutzen, um den Prozess zu entschleunigen.
Im Bereich Bildung wurden die Grundschulen in die Verantwortung der Gemeinde übergeben. Hier setzten sich sowohl auf kantonaler wie auch auf kommunaler Seite erfolgreich Exponenten der Liberal-Demokratischen Partei für ein den Bedürfnissen der Riehener Bevölkerung entsprechendes Bildungsangebot ein.
Wichtig für Riehen sind bei den weiterführenden Bildungsstufen, die vom Kanton angeboten werden, die Standorte, welche für die Riehener Jugend ohne grossen Zeitverlust und gefahrlos erreicht werden müssen.
Die LDP steht grundsätzlich hinter den Neuerungen. Hingegen sind im Bereich der Integration Korrekturen vorzunehmen.
Und die Erhaltung der Sprachheilschule ist für die LDP eine Selbstverständlichkeit.
Ein leidiges Thema sind die Schulräumlichkeiten. Wieso werden nur in der Stadt Schulhäuser renoviert, bzw. neu gebaut? Wieso müssen sich die Riehener Kinder mit Container begnügen? Die LDP wird sich diesem Thema mit besonderer Aufmerksamkeit annehmen.

Gesundheit und Soziales

„Leben in Riehen – 60plus“ titelte die breit angelegte Umfrage. Daraus resultierte ein umfangreicher Katalog von Massnahmen, die das Leben von Seniorinnen und Senioren in unserer Gemeinde angenehmer gestalten könnten. Erfreulich ist, dass in Riehen für die ältere Generation viele private Initiativen zum Tragen kommen; Aufgabe der Gemeinde ist es, für eine bessere Vernetzung der Angebote zu sorgen.



In den Gemeinderat
und ins Gemeindepräsidium:
Thomas Strahm

Thomas Strahm
als Gemeindepräsident

Gradlinig und

Siedlung und Landschaft

Mitglieder der LDP-Fraktion im Einwohnerrat haben am Entwurf des neuen Zonenplanes in den Sachkommissionen aktiv mitgewirkt. Auch wenn der vorliegende Entwurf weitgehend zusagt, sind im Detail noch einige Fragen zu klären. Bei der Verkehrsführung sucht die LDP nach praktikablen Lösungen, die der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, und sie ist überzeugt, dass Anpassungen der Kantonsstrassen im Einklang mit ihrer übergeordneten Aufgabe trotzdem optische Aufwertungen und mehr Grünflächen ermöglichen.

Handel und Gewerbe

Die LDP wünscht sich eine konkretere Förderung unseres Detailhandels und Gewerbes. Insbesondere im Bereich Tagestourismus besteht noch viel Potenzial. Die Zonenplanrevision zeigt mögliche Entwicklungsfelder auf. Dazu gehören die neuen Bauzonen für das Gewerbe in Form von reinen Arbeitszonen. Bisher kennt Riehen lediglich Wohn- und Arbeitsmischgebiete, resp. Zonen mit Gewerbeerleichterungen. Neben dem Wohnen sind dort auch Gewerbenutzungen zugelassen. Erfahrungen der letzten Jahre zeigen auf, dass Gewerbetreibende durch Wohnnutzungen verdrängt wurden.
Der Handels- und Gewerbeverein Riehen HGR und die LDP haben deshalb gefordert, dass neben den Mischgebieten auch reine Arbeitszonen geschaffen werden. Die LDP hat grosses Interesse daran, dass die heimischen Handwerksbetriebe ansässig bleiben, sich weiter entwickeln können und unterstützt die Suche nach neuen Standorten.

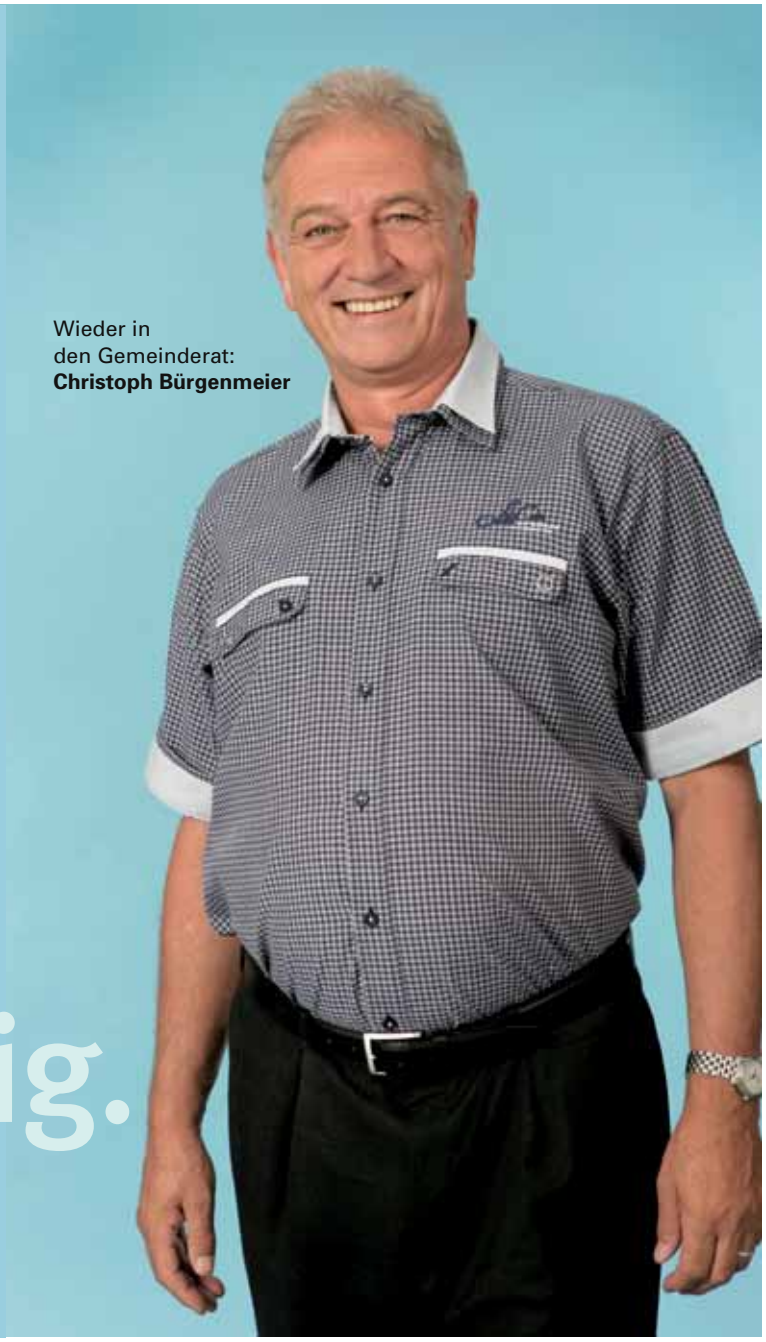
Dorfkern

Ein weiteres Entwicklungspotenzial liegt im Dorfkern mit seinen Einkaufsmöglichkeiten. Zwei unterschiedliche Bereiche prägen den Dorfkern. Die Dorfkirche mit ihren umliegenden Bauten entlang der Baselstrasse zeigt noch mehrheitlich die historische Bausubstanz. Im Bereich um das Winkelgässchen wurde in den letzten 50 Jahren viel verändert und es entstand ein neues Geschäftszentrum; beide Zentren decken den täglichen Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner ab.
Hier gilt für die LDP: Das Dorfbild bewahren, das Zentrum stärken, die Fussgängerzone erweitern und Parkierungsmöglichkeiten schaffen!

„In Riehen soll man angenehm wohnen und erfolgreich arbeiten können, sich sicher fühlen und gute Verkehrsverbindungen in die Stadt haben. Der Dorfkern muss erhalten bleiben und der Verkehr beruhigt werden. Die Kinder sollen eine gute Grundschulbildung erhalten und Sport treiben können. Die ältere Generation soll sich wohl fühlen.

Sind Sie auch dieser Meinung? So wählen Sie die Liste 3 der Liberal-Demokratischen Partei Riehen/Bettingen bei den Gemeindewahlen vom 26. Januar 2014. Wir wollen uns für Sie und für ein lebenswertes Riehen einsetzen und danken Ihnen für Ihre Stimmen.“

konsensfähig.



Wieder in den Gemeinderat:
Christoph Bürgenmeier

In der Verkehrspolitik steht die LDP für das Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden. Vom Fussgänger bis zum Autofahrer sollen sich alle mit grösstmöglicher Sicherheit bewegen können. Den Aufbau von Schikanen und Barrikaden bekämpfen wir.

Verkehr

Die Verkehrspolitik der LDP berücksichtigt vom Fussgänger bis zum Autofahrer alle Verkehrsteilnehmenden und legt Wert auf Sicherheit. Der Aufbau von Schikanen und Barrikaden wird bekämpft. Der Bau einer Einstellhalle soll endlich realisiert werden. Nur so macht es Sinn, den Dorfkern für Fussgänger und Geschäfte weiter auszubauen und ansprechend zu gestalten.
Beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs geht es in erster Linie um die kantonalen Zentrumsleistungen, welche durch Kantonssteuern der Riehener Haushalte finanziell abgegolten werden. Dazu gehört ein gut ausgebautes ÖV-Netz. Dank einem Vorstoss von LDP-Grossrat und Einwohnerrat Thomas Strahm wurde erreicht, dass analog den Morgenkursen neu ab Winterfahrplan 2013 die 2-er Linie während der abendlichen Stosszeiten bis Riehen-Grenze geführt wird. Dass damit das Beyeler Museum optimal mit dem Kunstmuseum verbunden wird, ist ein weiteres Plus des neuen Fahrplanes. Für eine weitere Verkehrsentlastung fordert die LDP eine bessere ÖV-Erschliessung der umliegenden Gemeinden auf deutscher Seite wie Inzlingen, um den Pendlerverkehr durch Riehen zu verringern. Weiter sollen das Angebot der S-Bahn ausgebaut werden, damit die Verbindung Riehen/Bahnhof optimaler wird.
Nach erfolgter Eröffnung der Zollfreistrasse fordert die LDP die konsequente Anpassung der Kantonsstrassen an die neuen Verhältnisse sowie die Aufwertung der Lörracherstrasse. Die LDP wehrt sich gegen die Sperrung der übergeordneten Achse Grenzacherstrasse/Hörnliallee/Kohlistieg als Hauptverbindungsachse
Basel – Bettingen.

Sicherheit

Der Begriff Sicherheit umfasst viele Bereiche: Diebstahl, Einbrüche, Überfälle – bis zur Verkehrssicherheit. Die LDP beobachtet die Entwicklung aufmerksam setzt sich dafür ein, dass die Polizei für die Riehener Bevölkerung sichtbar präsent ist. Insbesondere setzt sich die LDP für den Erhalt des Riehener Polizeiposten ein. In diesem Zusammenhang prüft die LDP die Einrichtung einer eigenen Gemeindepolizei nach dem Muster von BL-Gemeinden.

Kultur und Freizeit

Im Weiteren fordert die LDP, dass sich die Gemeinde Riehen in den gemeindeeigenen Räumlichkeiten des Kunstraums (in unmittelbarer Nähe des Beyeler Museums) selber präsentiert und damit von den Besucherströmen des Beyeler Museums direkt profitieren kann.
Ein wichtiges Anliegen ist der LDP die Tätigkeit der zahlreichen Sportvereine. Die Arbeit der Trainer und Betreuer ist grossartig und bietet den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die Unterstützung der Sportvereine durch die Gemeinde ist gut angelegtes Geld und soll nicht durch unnötige Bürokratie geschmälert werden.

Weniger Durchfahrtsverkehr im Dorfkern!

LISTE LDP 3
Liberal-Demokratische Partei

www.ldp-riehen.ch

Liberal-Demokraten am Kürbisfest:

Fruchtbare Kontakte - furchtbares Wetter

Ganz im Zeichen der Kürbis-Frucht stand das Fest am 19./20. Oktober am Neuwilerplatz. Die LDP beteiligte sich unter Leitung von Philip Karger (Ein sehr grosses MERCI!) mit einem Stand am Anlass, verteilte Kübis-Guetzli, musste zwar teilweise furchtbares Wetter erleiden, konnte aber viele fruchtbare Kontakte erleben. Hier ein paar Eindrücke:

Jungliberale: Referendum gegen Geschlechter-Quoten zustande gekommen

Zusammen mit den anderen bürgerlichen Jungparteien haben die Jungliberalen erfolgreich das Referendum gegen die zwangsweise Einführung einer Geschlechterquote ergriffen. Mit der Forderung, dass fachliche Kompetenz und nicht das Geschlecht entscheidend sein muss, wurden die nötigen Unterschriften gesammelt, damit der Souverän über die Frage entscheiden kann.

von Diana Blome

Am 17. September 2013 hat der Grosse Rat eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann verabschiedet. Wird die Gesetzesänderung umgesetzt, bedeutet dies die Einführung einer Geschlechterquote von mindestens 30% in Strategie- und Aufsichtsgremien von öffentlichen Unternehmen, wie beispielsweise der Basler Kantonalbank, der BVB, der IWB oder dem Kinderspital beider Basel.
Gegen diesen Grossratsbeschluss haben die vier bürgerlichen Jungparteien (JCVP, Jungfreisinnige, Jungliberale, JSVP) gemeinsam das Referendum ergriffen, welches sie am 2. November nach fleissigen Sammelaktionen mit knapp 3100 Unterschriften einreichen konnten.

Fachliche Kompetenz soll zählen

Die Mitglieder des Referendumskomitees wehren sich entschieden gegen die Einführung einer Geschlechterquote, da in erster Linie die fachliche Kompetenz und nicht das Geschlecht über die Wahl in ein Gremium entscheiden sollte. Für junge, moderne Frauen ist es inakzeptabel aufgrund eines unveränderlichen Merkmals wie dem Geschlecht gewählt und nach einer Anstellung mit dem Label Quotenfrau versehen zu werden. Welche Auswirkungen dies auf die Beurteilung ihrer Leistungen oder auf das Arbeitsklima in einem Verwaltungsrat zur Folge hätte, muss nicht extra erläutert werden.

Frauen sind schon heute erfolgreich

Die acht Vertreterinnen des Komitees sind überzeugt, dass Frauen bereits heute auch ohne Quoten erfolgreich seien können und dass die Durchmischung von Verwaltungsratsgremien eine Frage der Zeit sein wird. Die staatliche Quotenregelung möchte diesen Vorgang mit Druck beschleunigen anstatt sich für effektivere Massnahmen wie die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Teilzeitangeboten, Weiterbildungen oder Wiedereinstiegsmöglichkeiten einzusetzen.
Die Zwangsmassnahme Frauenquote entspricht darüber hinaus in keiner Weise den liberalen Prinzipien der Chancengleichheit und Eigenverantwortung. Das Komitee befürchtet nämlich, dass die Einführung einer Quote in staatsnahen Betrieben nur der erste Schritt zu einer Quotenregelung in der Privatwirtschaft bedeutet, wodurch die Handlungsfreiheit privater Unternehmen massiv eingeschränkt würde. Diesem Türöffner ist frühzeitig ein Riegel vorzuschieben.

Starkes (jung-)liberales Engagement

Im Referendumskomitee, bestehend aus 10 Vertreterinnen und Vertretern der vier Parteien engagierten sich mit Stephanie Giese, Michael Hug, Adrienne Strahm und Diana Blome gleich vier Vorstandsmitglieder der Jungliberalen. Das Sammeln der Unterschriften erforderte viel Einsatz und den Zusammenhalt aller Beteiligten, umso erfreulicher ist die Anzahl Unterschriften und die breite Unterstützung von Einzelpersonen sowie den regionalen Wirtschaftsverbänden. Dem nun folgenden Abstimmungskampf sehen wir sehr positiv entgegen und hoffen auf ein positives Ergebnis nach der Abstimmung am 9. Februar 2014, damit in Basel-Stadt auch weiterhin die Qualität und nicht die Quote entscheidet.

s. auch „Kasten“ Seite 11

Vertreterinnen des Referendumgskomitees übergeben die gesammelten Unterschriften im Hof des Ratshauses an die Staatsschreiberin.

Das Komitee

- *Fabienne Beyerle, Jungfreisinnige Basel-Stadt*
- *Diana Blome, Jungliberale Basel*
- *Tiziana Conti, Junge CVP Basel-Stadt*
- *Alexandra Faass, Junge SVP Basel-Stadt*
- *Stephanie Giese, Jungliberale Basel*
- *Manuela Hobi, Junge CVP Basel-Stadt*
- *Patrick Huber, Junge CVP Basel-Stadt*
- *Michael Hug, Jungliberale Basel*
- *Levent Morandini, Jungfreisinnige Basel-Stadt*
- *Tanja Steiner, Junge SVP Basel-Stadt*
- *Adrienne Strahm, Jungliberale Basel*

Liberal-Demokratischer Leistungsausweis: Energie, ÖV und Sicherheit im Vordergrund

Die Themen Energiepolitik, öffentlicher Verkehr und Sicherheit beschäftigten die Fraktion der Liberal-Demokraten nebst den traditionellen „Dauerbrennern“ Steuern und Finanzen sowie Bildung und Kultur am meisten. In den Debatten über die Ratschläge und Berichte der Regierung und der Komissionen zeigte sich die LDP als verlässlicher bürgerlicher Partner, der aber immer auch eigene Ideen einbrachte.

Die Mühlen des Parlamentsbetriebs mahlen meist nicht in höchster Geschwindigkeit, was sich einmal mehr in den letzten Tagen bemerkbar machte. Ein Paket von Vorstössen der LDP zur Energiepolitik aus dem Jahr 2011 wurde nun vom Regierungsrat endlich behandelt und beantwortet.

Energievorstösse bleiben aktuell

Dass der Regierungsrat die Anzüge allesamt stehen lassen will, zeigt, dass die angeschnittenen Themen an Aktualität nichts verloren haben. Im einzelnen sind dies folgende Anzüge:

- Christine Wirz-von Planta betreffend Masterplan Energiesparen für den Kanton Basel-Stadt;
- Patricia von Falkenstein betreffend Durchführung einer Informationskampagne über Energiesparen;
- André Auderset betreffend Masterplan Energieversorgung für den Kanton Basel-Stadt;
- Heiner Vischer betreffend erneute Abklärungen des Einsatzes von Geothermie zur Wärmegewinnung und Elektrizitäts-Produktion ohne Erdbeben.

Die Fraktion wird sich nun dafür einsetzen, dass die Anzüge auch wirklich stehen gelassen werden und möglichst bald Wirkung zeigen.

ÖV fördern ja - aber richtig

Für eine - in ökologischer wie ökonomischer Hinsicht - sinnvolle Förderung des öffentlichen Verkehrs setzte sich die LDP-Fraktion mit diversen Vorstössen ein. Noch der Beantwortung harrt ein von André Auderset gemeinsam mit Heidi Mück (die Liberalen verstehen es eben, Allianzen zu schmieden...) eingereichter Anzug „betreffend ÖV zum Dreiländereck“. Ein vorgezogenes Budgetpostulat reichte Thomas Strahm ein „betreffend Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus“.

Noch zu behandeln sind gleich zwei Anzüge von Patricia von Falkenstein, wobei Letzterer gemäss Regierungsrat umgesetzt werden soll:

- betreffend Planung und Durchführung von Massnahmen mit dem Ziel der Verbesserung des Verhaltens von Velofahrerinnen und -fahrern im Strassenverkehr;
- betreffend Schaffung einer direkten Tram- oder Busverbindung zwischen Bahnhof SBB und St. Jakob.

Velo und Fussgänger nicht gegeneinander ausspielen

Eine ganze Reihe von Anzügen zu diesem Thema hat Heiner Vischer im Herbst dieses Jahres eingereicht:

- betreffend Zulassung von allen E-Bikes mit Motorunterstützung auf den kantonalen Velowegen und Velorouten sowie auf für Motorfahrräder gesperrten Wegen;
- betreffend Zulassung von allen E-Bikes mit Motorunterstützung auf allen Veloverbindungen durch die Innerstadt;
- betreffend Einführung des Bezahlens von Parkgebühren mit dem Handy.

Allein diese Aufzählung zeigt klar auf, dass die Liberal-Demokraten keineswegs gegen den öffentlichen und gegen den Langsamverkehr sind.

Die LDP wehrt sich aber dagegen, nicht durchdachte oder unmäsig teure und wenig sinnvolle Projekte „durchzustieren“. Deshalb ist die LDP auch am Referendum gegen das Erlenmatttram massgeblich beteiligt.

Schwerpunkt Sicherheit

Dass die früher oft gebetsmühlenartig von der Verwaltung vorgebrachte Satz „Basel ist sicher“ nicht stimmt, zeigen leider die fast täglich zu lesenden Medienberichte über Raubdelikte, Einbrüche, Schlägereien und andere Eingriffe in die persönliche Integrität unserer Bürgerinnen und Bürger. Besonders betroffen ist jeweils das Kleinbasel, was erklärt, warum dieses Thema vor allem bei den beiden LDP-Grossräten dieses Stadtteils immer wieder unten den Nägeln brennt.

An jüngeren Vorstössen sind hier zu vermelden:

- Interpellation Felix W. Eymann betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit Gewalt- und Eigentums-Delikten;
- Interpellation André Auderset betreffend sorgen ZH-Sexboxen für Rotlicht-Explosion im Kleinbasel?;
- Schriftliche Anfrage André Auderset betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke.

Scheinbare Kleinigkeiten sind eben oft auch wichtig

Manche Vorstösse werden teilweise belächelt, weil sie anscheinend nur „Kleinigkeiten“ betreffen. Oft sind solche Vorstösse aber für Betroffene sehr wichtig - von ihnen stammen denn auch die Anregungen zu solchen Demarchen. Hier einige Beispiele aus 2013:

- Interpellation Heiner Vischer betreffend Einweg-Grill- Schäden in den Parkanlagen;
- Interpellation Patricia von Falkenstein betreffend Verleihung des Basler Kunstpreises;
- Interpellation Thomas Strahm betreffend „gehacktes“ E-Voting

Fazit des zu Ende gehenden Parlamentsjahres: Die Arbeit ist der Liberal-Demokratischen Fraktion nicht ausgegangen - und sie wird uns sicher auch 2014 nicht ausgehen.

Unterschriften sammeln ist nicht immer einfach…

Beim Sammeln der Unterschriften hat sich ziemlich schnell herausgestellt, wo unser Einsatz am schnellsten belohnt wurde. Auf Platz 1 schaffte es mit Abstand die Zone Riehen Dorf zwischen Migros und Sutter. In wenigen Stunden konnten hier die meisten Unterschriften gesammelt werden und das Referendum traf meistens auf grosse Zustimmung.
Doch auch in Riehen gab es einige Anekdoten, die den Unterschriftensammler die Aussagekraft einer Volksabstimmung in Frage stellen lassen.
So meinte eine Frau, Jahrgang 1925, sie unterschreibe gerne gegen Quoten, denn sie finde es sympathisch wenn nur Männer in einem VR Einsitz nehmen. Ein Mann hingegen war für die Einführung einer Quote, denn er war der Meinung: „die Frauen sollen auch mal etwas arbeiten.“ So sehr diese Argumentationen auch am Inhalt des Referendums vorbeigehen, über die Unterschrift hat man sich dennoch gefreut.

Der Linke: Vom Freigeist zum Bevormunder

*von André Auderset**

Als junger, politisch interessierter Mensch (ich weiss, lang ist's her...) und damals schon bürgerlich, überkam mich manchmal der Neid oder gar Frust: Was hatten die Linken doch für tolle Slogans! Freie Sicht auf's Mittelmeer! Macht aus dem Staat Gurkensalat! Keine Macht für Niemanden! Das waren noch zündende Aussagen, die von Freiheit und Abenteuer kündeten.
Und heute? Statt Freiheit und Selbstverantwortung, statt einschränken der Staatsgewalt will uns Links-Grün vorschreiben, wieviel und welchen Strom wir verbrauchen dürfen, ob und wo wir rauchen und Alkohol trinken und wieviel Fett wir zu uns nehmen dürfen. Geradezu religiös-fanatisch wird der links-grüne Furor, wenn es um die persönliche Mobilität geht. Da ist nicht nur das Auto des Teufels, neustens muss sogar der Roller – früher Sinnbild mediterraner Lebenslust, möglichst aus dem Stadtbild verbannt werden.
Und fast in jeder Grossrats-Sitzung wird ein Vorstoss aus der links-grünen Ecke überwiesen, der das Leben der Menschen in unserem Kanton noch ein bisschen mehr reglementieren soll, der noch ein wenig mehr von der eh schon spärlichen Freiheit wegkratzt. Das ging bis zum Antrag, in den staatlichen Verpflegungsstätten einen Tag pro Woche zwangsweise nur vegetarische Menus anzubieten.
Und das Bedenklichste ist: Es sind nicht etwa verknöcherte Alt-Linke und -Grüne, die dem bevormundendem, alles regelnden und entmündigendem Staat das Wort reden. Gut, die gibt es zwar auch; der Vegetarier-Vorstoss wurde von einer SP-Dame vorgebracht, die bei den Jusos altershalber keine Aufnahme mehr fände.
Aber es sind gerade die früher so erfrischend aufmüpfigen Jungen, die nun ihr Heil in Zwang und Reglementierung suchen. Es sind tatsächlich Studenten gewesen, welche an der Basler Uni ihren Kommilitonen den Genuss von Fleisch verbieten wollten.
Einzig dort, wo es buchstäblich um's „Lääbige" geht, da will die Linke weiterhin möglichst wenig Staat. Die jeden Tag sichtbaren Sicherheitsprobleme in Basel werden negiert, mehr Polizei will man lieber nicht – oder wenn doch, dann sollen diese den Migrantinnen Velofahren beibringen (auch so ein „lustiger" Vorstoss).
Wenn jetzt jemand meint, hier schreibt einer, für den früher alles besser war... Nein! Aber es war anders. Früher waren es die Alten, die mit „so was gehört sich nicht" und „hier machen wir das so " regierten. Heute bevormunden uns ausgerechnet diejenigen, die damals gegen die Bevormundung rebellierten.
Darum liebe Linke und Grüne: Macht mich wieder mal neidisch! Neidisch auf gute Sprüche, die Freiheit für selbstverantwortliche Bürgerinnen und Bürger fordern. Und bitte, lasst mich selbst entscheiden, ob ich gelegentlich ein Auto oder den Roller benutzen, ob ich das gesundheitliche Risiko einer geschmackvollen Zigarre zum blumigen Cognac eingehen will und lasst mir meinen unerschütterlichen Glauben, dass nichts über ein saftiges Steak geht. Ich verspreche im Gegenzug: Ich werde nie einen Vorstoss zum Verbot von stillem Wasser oder Tofu einreichen.

* *Dieser Artikel erschien als „Basler Kommentar im Oktober in der Basellandschaftlichen Zeitung. In Zukunft wird dort etwa alle sechs Wochen eine Glosse aus seiner Feder erscheinen.*

Anlässe

Parteiversammlung

Donnerstag, 9. Januar 2014, 19.00 Uhr, Zunfthaus zum Schlüssel.

Mitgliederanlass

zu Ehren unseres Grossratspräsidenten Conradin Cramer
Donnerstag, 16. Januar 2014, 18.00 Uhr, Rathaus,
Führung durchs Rathaus,
Verpflegung aus der Gulaschkanone mit Glühwein. (ANMELDUNG ERFORDERLICH)

Hier könnte Ihr Inserat stehen!

Sie haben die Möglichkeiten, auf Ihr Unternehmen oder Ihre Dienstleistungen im LIBERAL hinzuweisen und dabei ein marktwirtschaftlich interessiertes Publikum anzusprechen. Gleichzeitig ermöglichen Sie es so, diese Publikation kostengünstig zu erstellen, und unterstützen damit die liberale Sache:

1/16 Seite CHF 132.00
Format 43 x 66 mm (Breite x Höhe)

1/8 Seite CHF 264.00
Format 90 x 66 mm (Breite x Höhe)

1/4 Seite CHF 532.00
Format 90 x 133 mm (Breite x Höhe)

Nähere Auskünfte und Auftragsformulare bei der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.

PP
4010 Basel

Liberal

Forum für liberale Politik in der Region Basel

Dezember 2013
ISSN 2296-0155

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnenemt CHF 18.00

Auflage
2'500 Exemplare
erscheint bis zu sechs Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25,
4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25,
4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel